

**Grußwort von Bernard Gaida zur Festveranstaltung
„80 Jahre: Erinnern – Bewahren – Gestalten“
im Rahmen des
„Tags der Heimat 2025“
am 12. August 2025 in Erfurt**

**Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter des Thüringer Landtages,
sehr geehrter Herr Primas,
sehr geehrte Damen und Herren,**

herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Festveranstaltung zum Tag der Heimat 2025 und der Möglichkeit, hier im Thüringer Landtag in Erfurt zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ein demokratisches Parlament wie dieses ist immer ein würdiger Ort, um an das Vergangene zu erinnern und Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.

Unser Zusammentreffen heute steht unter dem Motto „80 Jahre: Erinnern – Bewahren – Gestalten“. Wir erinnern an das Ende des grausamen und aus Deutschland ausgebrochenen Zweiten Weltkrieges und gleichzeitig an die Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen. Wir bewahren das Wissen um diese Erfahrungen und die Lehren, die daraus zu gezogen sind. Und wir gestalten die Zukunft, indem wir für ein Europa eintreten, in dem die Rechte, die Sprachen und die verschiedenen Kulturen der Minderheiten gesichert sind. In diesem Geist feiern wir zugleich den 75. Jahrestag der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am 5. August 1950.

Jede Medaille hat zwei Seiten. Wie aber sieht die zweite Seite von Flucht und Vertreibung aus? Das Ausmaß der Nachkriegstragödie der Deutschen im Osten offenbaren Zahlen, die oft vergessen werden: Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten östlich von Oder/Neiße – und von der Ostsee bis zur Adria und zum Schwarzen Meer – groben Schätzungen zufolge über 20 Millionen Deutsche. Das Innenministerium in Berlin schätzt heute die Zahl der Deutschstämmigen in denselben Gebieten auf etwa 1 Million Menschen. Auch wenn wir in der AGDM überzeugt sind, dass die tatsächliche Zahl deutlich höher liegt (vielleicht doppelt so hoch), wird das Drama rein mathematisch greifbar. Nicht nur für den Vertriebenen hat sich die Welt verändert. Auch die Verbliebenen lebten plötzlich in einer fremden Welt. Das vielfältige Mitteleuropa war nach der Tragödie des Krieges und Nachkriegsterror zu Ende.

Ich spreche heute zu Ihnen als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten, als Vertreter jener Deutschen, die nach 1945 in ihren angestammten Heimatregionen in Mittel- und Osteuropa und in Zentralasien geblieben sind – oder nicht gehen konnten: in Schlesien, Ostpreußen, der Zips, dem Banat, in Wolhynien, am Schwarzen Meer oder anderen Regionen der ehemaligen Sowjetunion. Ich spreche aber auch als Schlesier und Vertreter der deutschen Volksgruppen in Schlesien, Pommern und Ost- und Westpreußen.

Unsere Gemeinschaften waren oft selbst Teil der Tragödie von Flucht, Vertreibung und dem Verlust der Heimat. Viele haben Zwangsumsiedlungen, Internierungen, Deportationen oder

jahrelange Entrechtung erlebt, auch noch lange nach 1945. Wer geblieben ist, tat dies oft nicht aus freier Wahl, sondern weil Flucht unmöglich war. Rechte, Sprache und kulturelle Identität wurden in vielen Staaten systematisch eingeschränkt, auch in meiner oberschlesischen Heimat im damals sozialistischen Polen.

Unsere Erlebnisse bewiesen die traurige Wahrheit der Worte in der Charta: „Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat trennen, bedeutet, ihn im Geiste töten.“ Wenn wir Heimat so verstehen wie Wilhelm von Humboldt, der sagte: „Die wahre Heimat ist eigentlich die Sprache“, dann haben auch wir die Heimat verloren. Vielleicht mehr als jene, die sie geografisch verloren haben. Deswegen ist das Verlangen nach Verwirklichung des Rechts auf Heimat ein Verlangen nach erfolgreichen Bildungssystemen für die Minderheiten im Geiste der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen. Nicht nur das Recht auf solche Bildung brauchen wir, sondern auch ihre Umsetzung, die in fast allen Ländern, in denen deutsche Minderheiten leben, ins Stocken gerät.

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen, deren 75. Jubiläum wir vor einigen Tagen auch in Stuttgart mit Bundeskanzler Friedrich Merz gefeiert haben, war 1950 ein mutiges Dokument. Sie sprach von Verzicht auf Rache, vom Einsatz für Europa und vom Recht auf Heimat. Für die deutschen Minderheiten östlich des Eisernen Vorhangs war sie damals ein Signal der Hoffnung, auch wenn sie selbst nicht mit am Tisch saßen, als die Charta ausgearbeitet und verkündet wurde. Heute teilen wir die Grundgedanken dieser Charta und setzen sie in unserem Handeln fort: als Brückenbauer, als Partner im europäischen Dialog und als Bewahrer unserer Sprache und Kultur.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einer klaren Verantwortung für die Vertriebenen aber auch für deutschen Minderheiten im Ausland bekannt, nicht zuletzt auch im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung. Diese Verantwortung ist historisch begründet auch als Verantwortung für die Folgen des Krieges. Sie darf nicht relativiert werden, weder durch den zeitlichen Abstand zu den Ereignissen noch durch das „Verschwinden“ der Erlebnisgeneration. Die Folgen von Vertreibung, Enteignung und Diskriminierung wirken bis heute nach, oft über Generationen hinweg.

Förderung ist daher keine freiwillige Geste, sondern Teil dieser Verantwortung. Sie sichert die Grundlagen unseres kulturellen und sprachlichen Lebens – und damit unsere Zukunft. Doch Förderung braucht Verlässlichkeit: institutionelle Strukturen, die Planungssicherheit bieten, und eine Anpassung an steigende Kosten.

Ich möchte und muss hier die gute Zusammenarbeit der deutschen Minderheit in Polen mit dem Land Thüringen und besonders mit dem BdV Thüringen erwähnen, weil sie – neben der Förderung durch den Bund – für uns eine wertvolle Unterstützung war und ist, die im Bereich Bildung, Kultur und gesellschaftlicher Tätigkeit sehr hilfreich war. Sie ist ein Beispiel dafür, dass auch die Länder und die NGOs beweisen können, dass die Deutschen in anderen Ländern als ein Volk betrachtet werden sollen und dass eine Zusammenarbeit Hand in Hand für beide Seiten gute Früchte bringen kann.

Die deutschen Minderheiten im Ausland sind Teil der deutschen Kulturnation. Sie tragen dazu bei, dass Deutschland und seine Nachbarn in gutem Einvernehmen zusammenleben. Sie sind Partner für Verständigung, für europäische Integration und für die Weitergabe historischer Erfahrungen. Wenn wir über „Erinnern – Bewahren – Gestalten“ sprechen, dann bedeutet das für uns:

- Erinnern an das erlittene Unrecht und die Folgen bis heute.
- Bewahren unserer Sprache, Kultur und Gemeinschaft.
- Gestalten einer Zukunft, in der Minderheitenrechte gesichert und geachtet werden.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Bitte an die Politik in Bund und Ländern ist klar: Halten Sie an dieser Verantwortung fest. Sorgen Sie für eine Förderung, die tragfähig ist, und treten Sie entschieden ein, wenn Minderheitenrechte eingeschränkt werden.

So können wir, ganz in der Tradition der Charta, Brücken bauen zwischen Vergangenheit und Zukunft, zwischen Minderheiten und Mehrheitsgesellschaften, zwischen Deutschland und seinen Nachbarn.

Ich danke Ihnen herzlich.